

Gegründet an einem Ersten April der Bundesnachrichtendienst -

Von Gaby Weber

Eine naive Frage: Brauchen wir nach dem Ende des Kalten Krieges noch einen Auslandsspionagedienst? Gegen wen? Oder kostet er nicht viel zu viel?

Sicher ist: niemand liebt den BND. Keiner lobt ihn, doch verzichten will auf ihn kaum jemand. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien plant seine Abschaffung. Dabei war keine Regierung jemals glücklich mit ihm. Konrad Adenauer wollte 1962, während der Spiegelaffäre, den BND-Präsidenten Reinhard Gehlen verhaften lassen. Sein Nachfolger warf die Pullacher Verbindungsgruppe aus dem Palais Schaumburg. Ludwig Erhard wörtlich: *„Ich will mit diesen Leuten nicht unter einem Dach sitzen“*. Willy Brandt ignorierte seine *„geheim“* gestempelten Berichte, die aus der Zeitung abgeschrieben waren. Helmut Schmidt schimpfte ihn einen *„Dilettantenverein“*, und Helmut Kohl strafte ihn mit Nichtachtung.

Wie konnte dieser Dienst trotzdem jede Diskussion über den Sinn oder Unsinn seiner Existenz bisher verhindern? Und jetzt erhält er auch noch ein Denkmal an der Berliner Chausseestraße, die neue Zentrale, ein Hochsicherheitskomplex, der zwischen einer und zwei Milliarden Euro kosten wird. Selbst Hans-Peter Uhl von der CSU ist wenig überzeugt. Er meint, dass der BND durchaus *„in Pullach hätte bleiben können“*.

Uhl ist Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums der Nachrichtendienste und meint es gut mit dem Dienst. Beim BND, schätzt er, seien *„etwa 6.000 Personen“* angestellt. Wieviel genau es sind, will oder kann er ebensowenig sagen, wieviel sich der Bund den Spaß kosten läßt: *„Die gesamte Zahl ist nicht aufaddiert worden. Ein Teil der Ausgaben sortieren in verschiedenen Etats, so dass die Gesamtzahl, vielleicht aus guten Gründen, aus staatspolitischen Gründen, nicht bekannt wird“*. Welche „guten Gründe“ kann es dafür geben, dass nicht einmal die parlamentarischen Kontrolleure, geschweige denn das gemeine Volk, wissen, was den Steuerzahler der Geheimdienst kostet? Wahrscheinlich gibt es nur einen „guten Grund“, „gut“ für den BND: dass mangels Informationen eine Kosten-Nutzen-Analyse unterbleibt.

Seine Aufgaben beschreibt der BND auf seiner homepage mit der Beschaffung von *„Informationen über das Ausland, sofern diese von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik sind“*. Das hört sich gut an, denn jede Regierung will und soll wissen, was in der Welt vor sich geht. Wobei in einer modernen Gesellschaft sicher nicht nur eingeweihte Politiker Bescheid wissen sollen sondern alle sozialen und politischen Operateure.

Die Frage muß erlaubt sein: Erfüllt der BND seine Aufgabe?

Immer wieder geistern durch die Presse angebliche Erfolgsmeldungen. Da ist die Rede von der Verhaftung von Terroristen, bei der der BND Hinweise gegeben haben soll. Ein anderes Mal sollen die Pullacher bei der Freilassung von Geiseln mitgewirkt haben. Aber Beweise für die angeblichen Erfolgsmeldungen fehlen, alles bleibt unter dem ominösen Mantel der Geheimhaltung.

Wolbert Smidt, der für seinen früheren Dienstherrn die Werbetrommel rührt, wird auf die Frage, welche Erfolge der Dienst vorweisen kann, schweigsam: *„Es gehört zu den Nachteilen der Nachrichtendienste, dass sie nicht sehr offen über ihre Erfolge reden können. Sie können sich verteidigen im Zusammenhang mit sog. Pannen, aber über Erfolge reden sie im Allgemeinen nicht so gerne, weil Schutzinteressen auf dem Spiel stehen“*.

Während von „Erfolgen“ der Öffentlichkeit nichts bekannt ist, mangelt es nicht an „Pannen“. Mal ging es um illegale Waffengeschäfte, dann um Zusammenarbeit mit Diktatoren, erinnert sich der Berliner Friedensforscher Otfried Nassauer: *„Auf der einen Seite gab’s die Geschichte rund um die Merex AG und den Herrn Mertins, der überschüssige Waffen der Bundeswehr im großen Umfang in arabische Länder exportiert hat. Kampfflugzeuge wurden in den Iran geliefert, die eigentlich für Pakistan gedacht waren, das sich gerade im Krieg mit Indien befand, nach deutschem Recht eine völlig unzulässige Lieferung. Es gab die Firma Dobbertin in Hamburg, und verschiedene andere Firmen, wo der Bundesnachrichtendienst tätig geworden ist, um im Rüstungsexport Firmen, die mit ihm verwoben waren, zu nutzen, um außenpolitisch Politik zu machen, die nicht unbedingt mit der offiziellen Politik der BRD in Übereinstimmung sehen mußte. Saudi-Arabien hat damals bereits über den BND Waffen bezogen, Abhörgeräte wurden geliefert in verschiedene Länder“*.

Nie seien die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden, niemand mußte ins Gefängnis, die Beamtenlaufbahn blieb in geordneten Bahnen. Wenn die Öffentlichkeit Aufklärung und Strafverfolgung forderte, konterte man mit dem *„Wohl des Bundes“*, das bei Offenlegung in Gefahr sei. Und damit kamen sie immer durch, so Nassauer. Nur ihre Komplizen, nie die Beamten, gehen manchmal ein kleines Risiko ein, so Nassauer: *„Weil der BND nicht immer, wenn er eine Firma auf eine Geschäftsmöglichkeit hingewiesen hat und sie ermutigt hat, diese Möglichkeit wahrzunehmen, hinterher zu seinem Wort gestanden hat und gesagt hat, ja, wir haben das abgedeckt, wir wollten das. Wenn der BND da in Deckung gegangen ist, also bei dem Fall Telemit, dann hat es die eine oder andere Verurteilung gegeben von Leuten, die an diesen Geschäften beteiligt waren und glaubten, dass sie im Auftrag des BND*

arbeiteten. In anderen Fällen, wo die Leute das nachweisen konnten wie bei Herrn Mertins, da haben die Gerichte geurteilt, dass wenn die Bundesregierung selbst über eine Institution wie den BND eine solche Sache quasi in Auftrag gibt, man die Leute dafür nicht verurteilen muss sondern ihnen sogar noch eine Entschädigung zahlen muß“.

Waffenhändler Gerhard Mertins wurde mit anderthalb Millionen aus der Staatskasse entschädigt. Ob der BND finanziell an seinen Waffengeschäften beteiligt war, wurde nie bewiesen. Es sei aber wahrscheinlich, meint der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom: *„Es ist immer bestritten worden, dass er über Tarnfirmen, Scheinfirmen, Beteiligungen am internationalen Waffenhandel schwarze Kassen füllt. Es gibt ein einziges BND-Dokument das klarmacht, dass es solche illegalen Gelder durchaus gab, dass Mitte der 70er Jahre besagte, dass die Auskunft einer parlamentarischen Staatssekretärin im Bundestag, es gäbe so etwas nicht, definitiv falsch ist.“*

Auf jeden Fall arbeite der BND eng mit der Privatwirtschaft bei deren Auslandsgeschäften mit: *„Durch die enge Kooperation mit der Firma Siemens, die Telefonanlagen in aller Welt baut und wartet, hat er Zugriff auf im Ausland errichtete Telekommunikationssysteme und eine Vielzahl deutscher Manager, die im Ausland aktiv sind, haben den Wirtschaftsverbunddienst des BND immer als Quelle bedient“.*

Schmidt-Eenboom war wegen seines Buches *„Schnüffler ohne Nase“* ins Visier des Pullacher Amtes geraten. Um seinen Quellen auf die Spur zu kommen, ließ ihn der BND drei Jahre lang observieren, bis zu fünfzehn Beamte waren im Einsatz. Als dies herauskam, beauftragte das Parlament den ehemaligen Bundesrichter Gerhard Schäfer mit der Aufklärung. Und der legte 2006 seinen Bericht vor, der noch mehr Rechtswidriges ans Tageslicht brachte.

Auch der Journalist der Berliner Zeitung, Andreas Förster, erfuhr durch den Schäfer-Bericht, dass er vom BND überwacht worden war. Der BND entschuldigte sich nach der Offenlegung durch den Schäferbericht dafür, wollte aber die Unterlagen nicht herausgeben. Förster klagte und bekam im November 2007 vom Bundesverwaltungsgericht Recht. Er erfuhr, dass ein V-Mann jahrelang auf ihn angesetzt worden war, um herausbekommen, an welchen Projekten er arbeitete und über welche Quellen er verfügte. *„Er bespitzelte auch mein Privatleben, ob ich ein luxuriöses Leben führe, das ich möglicherweise mit dem Verkauf von geheimem BND-Material finanziere.“*

Förster glaubt, dass der BND sein Telefon abgehört hat, was der Dienst bestreitet. Aber bestimmte Informationen könne der BND nur durch das Abhören der Telefongespräche erfahren haben.

Abgesehen von der Verletzung seiner Privatsphäre sei ihm auch als Journalisten geschadet worden. *„Man lebt von dem Vertrauen seiner Quellen, die sich der Presse offenbaren wollen, weil sie einen Mißstand an die Öffentlichkeit bringen wollen. Aber wenn bekannt ist, dass dieser Journalist überwacht wird, wird er sich kaum mehr an ihn sondern an einen anderen wenden.“*

Nach jedem Skandal fordern die Politiker schärfere Kontrollen, die *„nie greifen“*, so Schmidt-Eenboom. Bis heute sind die *„operativen Vorgänge“* des Geheimdienstes weder der parlamentarischen Aufsicht noch dem Bundesrechnungshof zugänglich. Die Öffentlichkeit erfährt nur das, was Journalisten herausfinden, sagt Professor Christoph Gusy von der Universität Bielefeld: *„Die Kontrollmechanismen sind nicht in der Lage, einen effektiven Rechtsschutz sicherzustellen.“*

Auch die eingesetzten Untersuchungsausschüsse haben dubiose Sachverhalte kaum jemals aufgeklärt. Zum Beispiel in der *„Plutoniumaffäre“*, dessen Aufklärung der BND bis heute *„erfolgreich verhindert“* habe, so der Friedensforscher Nassauer.

Im August 1994 war in München ein Lufthansajet mit knapp 400 Gramm Plutonium an Bord gelandet, und Polizei und BND feierten die Beschlagnahmung als großen Erfolg und Beweis für die Gefahr, dass nach Ende des kalten Krieges ein Handel mit Nuklearwaffen beginnen würde. *„Das war kurz vor den bayerischen Landtagswahlen, und auf einen Schlag schien plötzlich bewiesen zu sein, dass es Plutoniumschmuggel wirklich gibt und folglich der BND nach dem Ende des Kalten Krieges eine neue Aufgabe hätte“* - so Nassauer.

Später stand in der Presse, dass der BND den Plutoniumschmuggel über die Anwerbung von zwei spanischen Kleinkriminellen angekurbelt haben soll. Ein Untersuchungsausschuß wurde einberufen. *„Ein Stückwerk“*, erinnert sich Nassauer, wichtige Unterlagen verschwanden im Panzerschrank des Geheimdienstes: *„Die Opposition legte eigene Berichte vor und wies darauf hin, dass das Parlament nicht in vollem Umfang informiert worden ist“*. Der Fall ist bis heute nicht aufgeklärt, und die Politik fand sich damit ab.

Wo Kontrollen fehlen, entsteht eine Grauzone, in der Recht und Gesetz nur noch beschränkt gelten. Es geht um die Nationale Sicherheit, wird behauptet. Nachprüfen kann das niemand.

Dabei seien die deutschen Dienste relativ zahm, meint Hans Halter, Autor des Buches *„Krieg der Gaukler“*. Mit *„Gauklern“* meint er die Agenten: *„Sie machen nicht die schicken Sachen, die alle anderen Dienste der größeren Staaten machen, sie handeln nicht mit Rauschgift, sie liquidieren keine Verräter,*

sie greifen niemals aktiv irgendwo ein. Und wenn sie es tun, einmal haben sie ein paar Panzer nach Israel geliefert und da sind sie gleich erwischt worden. Sie gelten durch die Bank als sog. Mickeymaus-Dienste und wenn irgend möglich, gibt man ihnen keine wirklich heißen Informationen, zumal sie selber auch keine heißen Informationen haben, die sie tauschen könnten. Sie wissen nicht mehr als interessierte Zeitungsleser im Ausland auch wissen“.

Halter hat dreißig Jahre für den Spiegel in Berlin gearbeitet, der Drehscheibe im Kalten Krieg. Er kennt sich aus im Metier, und in der deutschen Beamtenseele, auch in der Seele des beamteten Schlapphuts: *„Im Ernst sitzen die in Büros, vor Computern und langweilen sich“.*

Weil aber auf Dauer das stundenlange Starren auf den Bildschirm Augen und Rücken in Mitleidenschaft nimmt, strebt der Beamte in den Außendienst. Nur dort kann er was erleben und, im Namen der *„Nationalen Sicherheit“*, teure Etablissements aufsuchen: *„Man hat zugleich Vorteile, die man als normaler Beamter zum Beispiel beim Wasserwerk oder beim Zoll nicht hat. Das ganze Brimborium des Indianerspiels, einen falschen Namen, ein schnelles Dienstauto, Spesenrechnungen die man nicht belegen muß“.*

Mit anderen Bundesbehörden ist der BND nicht zu vergleichen. Eine normale Behörde muß ihre Ausgaben belegen, und sie muß ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen. Das Wasserwerk etwa kann nicht nur Geld ausgeben, sondern es muß irgendwann eine Wasserleitung vorweisen. Beim BND bleiben die konkreten Umstände stets im Dunkeln, niemand kann nachprüfen, ob sich die Dinge wirklich so abgespielt haben.

Verlierer im Kalten Krieg

Das funktionierte in Zeiten des Kalten Krieges. Pullach stellte sich als heldenhaftes Bollwerk dar, gegen das Böse, das aus dem Osten kam, und das Gegenteil war nicht zu beweisen. Doch dann hörte der reale Sozialismus auf zu existieren, und man erfuhr aus den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, dass der BND nicht einen wichtigen Agenten in der DDR gehabt hatte. Für Markus Wolf hingegen waren gleich mehrere *„Kundschafter“* in Pullach am Werke gewesen. Halter: *„Der BND hat, in 40 Jahren der Ausspähung der DDR oder Russlands, nicht einen einzigen Beamten verloren. Weil sie einfach gar keinen hingeschickt haben. Die paar, die sie geschickt haben, hatten alle Diplomatenpässe. Und die gingen abends in die diplomatische Vertretung und schliefen da. Die trieben sich gar nicht irgendwo rum im Park und leerten tote Briefkästen. Für solche Sachen nimmt man immer V-Leute. Das sind angeworbene, z.T. arme Schweine, die machen die Drecksarbeit, die zählen die Panzerketten, die sind es auch, die am Ende*

erwischt werden und, in den harten Zeiten des Kalten Krieges, die dann dafür auch zum Tode verurteilt und hingerichtet werden“.

Sie hatten keine Maulwürfe, und ihre Analysen waren dilettantisch, urteilt Buchautor Halter: *„Der BND hat den Bau der Berliner Mauer nicht vorhergesehen sondern dem Regierenden Bürgermeister am Tag nach dem Mauerbau mitgeteilt, dass an diesem Wochenende mit keinen besonderen Vorkommen zu rechnen sei. Gleichzeitig haben sie aber auch den Fall der Mauer übersehen, so dass sie wahrscheinlich denken, die Rechnung ist nun quitt. Die Amerikaner haben inzwischen zugegeben, dass sie nicht einen einzigen Agenten in der Sowjetunion platziert hatten in 50 Jahren, der ihnen einen Angriff der Russen rechtzeitig hätte mitteilen können“.*

Von der Organisation Gehlen zum BND

Der BND ist 1956 gegründet worden, an einem Ersten April. Bis dahin hatte er, unter der Führung der CIA, als *„Organisation Gehlen“* gearbeitet, benannt nach dem SS-Offizier und Leiter der Abteilung *„Fremde Heere Ost“*. Zahlreiche *„alte Kameraden“* hatte Reinhard Gehlen mitgebracht, also *„versorgt“*. Jahrelang operierte das Pullacher Amt abgeschottet, ohne Gesetz. Seine einzige Rechtsgrundlage war ein Kabinettsbeschluss.

Während andere Bundesbehörden inzwischen ihre braune Vergangenheit aufgearbeitet haben, hält dies das Pullacher Amt nicht für nötig, bedauert Wolbert Smidt. Er war bis 2001 beim BND, zuletzt als Erster Direktor. *„Dass der BND ein Produkt des Nationalsozialismus oder von nationalsozialistisch gesinnten Offizieren gewesen ist - davon kann keine Rede sein. Nach dem Krieg haben die Amerikaner, die den BND mit aufgebaut haben, großen Wert darauf gelegt, dass kundige Mitarbeiter, Offiziere, verwendet wurden“.*

Also sind die Amis schuld, dass sie bei der Suche nach *„kundigen Offizieren“* nur auf die Ehemaligen aus Hitlers Abwehr und dem Reichssicherheitshauptamt stieß?

Zwei Jahre nach seinem Ausscheiden rief Smidt den *„Gesprächskreis Nachrichtendienste“* ins Leben und lädt handverlesene Journalisten zu Hintergrundgesprächen ein, um *„die Diskussion zu objektivieren“*. Was immer er darunter versteht. Es gebe, klagt er, *„unglaubliche Verzerrungen dessen, was Nachrichtendienste tun“*.

Nachrichtengewinnung ohne Geheimschutz will er sich nicht vorstellen. Auch von einer *„Legitimationskrise der Dienste“* will er nichts gehört haben. Wie auch, schließlich baut die Regierung dem BND gerade einen kostspieligen Neubau an der Chausseestraße. Aber es gebe einen *„Spannungsbereich“*, gibt er

zu, die Demokratie verlange Transparenz, aber die Dienste seien nur bedingt transparent. Bedingt? Der Bundesnachrichtendienst wollte meine Fragen nicht beantworten, weder mündlich noch schriftlich, was Smidt bedauert, sagt er.

Kein Auskunftsanspruch

Keiner der BND-Skandale ist durch die parlamentarischen Kontrollen oder den Bundesrechnungshof bekannt geworden. Es waren Journalisten, die ihm auf die Schliche kamen, manchmal. Um die Arbeit der Presse auf eine solidere Grundlage zu stellen, wäre ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Information sinnvoll. Auch in der Bundesrepublik gibt es, seit 2006, das „*Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes*“, IFG. Doch statt Öffentlichkeit in der Grauzone schaffen, hat es das gewohnte Amtsgeheimnis des Obrigkeitsstaates zementiert. Das IFG nimmt nämlich die Geheimdienste von der Pflicht zur Auskunftserteilung aus. Für die gilt nur, erklärt Dr. Michael Hollmann, leitender Direktor im Bundesarchiv Koblenz, das Bundesarchivgesetz.

Theoretisch zumindest. Es besagt, dass die Ämter amtliche Unterlagen nach dreißig Jahren, spätestens aber nach sechzig Jahren an das Bundesarchiv abgeben und zugänglich machen müssen. Aber es gibt Ausnahmen, „*wenn das Wohl der Bundesrepublik dadurch in Gefahr gebracht würde*“ (Hollmann). Was immer die Behörde als das „*Wohl des Bundes*“ betrachtet. Das „*Wohl des Bundes*“ sei zum Beispiel in Gefahr, wenn der BND seine Akten zum Nazi-Massenmörder Adolf Eichmann freigeben würde. Gegen diese Entscheidung habe ich Klage eingereicht.

Das Bundesarchivgesetz erlaubt der Behörde, selbst zu entscheiden, wann sie einen Vorgang für „*abgeschlossen*“ ansieht und an das Bundesarchiv abgibt. Das kann weit über die gesetzlichen Fristen hinausgehen, so Hollmann.

Versuche, die Akten auf dem Gerichtsweg zu bekommen, scheitern meist. Das Verwaltungsgericht Berlin hatte den Antrag eines Stern-Redakteurs abgelehnt, vom Bundesverkehrsministerium Auskunft über die CIA-Flüge zu erhalten. Die Deutsche Flugsicherungs GmbH lehnte die Herausgabe der Flugpläne ab, da sie als Verschlusssache eingestuft waren. Die Verwaltungsrichter zeigten Verständnis: „*Die Bundesregierung wisse zwar nicht, wer hinter diesen Flügen stehe und in wessen Auftrag sie geflogen worden seien. In der Öffentlichkeit werde dennoch impliziert, dass es sich um illegale Flüge der CIA handle. Würde die Bundesregierung dem Antrag stattgeben, bestünde die Gefahr, dass sie dieser Interpretation Vorschub leiste. Es ist davon auszugehen, dass dieses Vorgehen bei der amerikanischen Regierung nicht auf Wohlwollen, wenn nicht sogar auf Ablehnung stoße*“.

Im Gegensatz zu den USA, wo Menschenrechtsorganisationen und Journalisten Material von Geheimdiensten heraus klagen, halten die meisten deutschen Rechercheure diesen Weg für wenig erfolgreich. Viele suchen vertrauliche Informationen über informelle Beziehungen zu den Diensten, aber sie laufen Gefahr, Opfer von „Desinformation“ zu werden.

Der Wegfall der DDR: ein echtes Drama

Eric Gujer von der Neuen Zürcher Zeitung ist Mitglied des Gesprächskreises Nachrichtendienste. „Überzeugtes Mitglied“, meint er. Der BND sei geschwächt, schreibt Gujer in seinem Buch „*Kampf an neuen Fronten*“. An den „alten Fronten“ habe er versagt: im Kalten Krieg, bei der Bedrohung durch Hacker und beim islamistischen Terrorismus. Der Wegfall der Sowjetunion und der DDR war für den BND „*ein echtes Drama. Er war zentral ausgerichtet auf den Ostblock, während die CIA, aber auch die Franzosen und die Briten gemäss ihrer postkolonialen Interessen ein viel weiteres Spektrum der Aufklärung besaßen*“.

In Ermangelung eines äußeren Feindes begann man in Pullach mit internen Intrigen und verdächtigte sich gegenseitig. Es sei eine Berufskrankheit: die panische Angst vor Unterwanderung, die einfachen Weltbilder und die Gefahr, Politik als Produkt von Konspiration zu sehen.

Gujer fordert eine „*neue Sicherheitsarchitektur*“. Welche Aufgabe der BND in ihr spielen solle? Er nennt den internationalen Terrorismus, die Geldwäsche und den Drogenhandel. Sind dies nicht klassische Aufgaben der Polizei, der die Strafverfolgung und die Gefahrenabwehr obliegt? Gewiß, so Gujer, aber der BND könne weiter im Vorfeld tätig sein.

Dietl: der pausbäckige Spion

Er hat sich im „*Vorfeld*“ bewegt: Wilhelm Dietl. Er nennt sich „*Journalist*“, für andere ist er ein „*Nachrichtenhändler*“. 1982 warb ihn der BND an, 1993 verliess er das Amt.

Während er noch in Diensten des BND stand, lobpreiste er in seinem Buch „*die Agentin des Mossad*“, die den „*Roten Prinzen*“ der PLO jagte - eine „*israelische Elite-Agentin (...)* dieser legendären Organisation“. Und später verfaßte er, zusammen mit dem Mossad-Agenten Zvi Aharoni, ein Machwerk über die Eichmann-Operation, in der die Geheimdienstversion in bunten Farben erzählt wird (zur Desinformations-Kampagne des Mossad zu Eichmann siehe auch die Eichmann-Serie auf dieser homepage). Andere Bücher folgten, in denen er u.a. detailliert erzählt, wie er sich bei seiner geheimen Arbeit in Nahen Osten, angeblich zum Wohle der Bundesrepublik, die bezahlten Dienste von

Prostituierten in Anspruch nahm. Über die Qualität dieser Romane kann man streiten, aber Phantasieprodukte aus der konspirativen Welt sollen sich verkaufen lassen, das weiss man ja von James Bond. Nur leider hat Wilhelm Dietl mit seinen prallen Pausbacken gar nichts von einem Mister Bond.

Seine elf Jahre beim BND waren ein gutes Geschäft, zumindest für ihn, denn er kassierte mehrfach: die Honorare der Illustrierten, die er versteuerte, und die Reisekosten erstattete der BND. Dietl im O-Ton. *„Und dafür wurde auch ordentlich bezahlt. Hier mal 2000 Mark, mal 5000 Mark. Ich habe nie eine Quittung verlangt. Als Journalist muss man ja eine Quittung verlangen, wenn man in die Redaktion zurückkommt und man fragt, wo hast du das Geld ausgegeben? Da muss man das ja ganz genau belegen. Das war beim BND nicht der Fall. Das sind andere Gegebenheiten“.*

Jahrelang trieb er, im Auftrag des Geheimdienstes, als Journalist getarnt in Nahen Osten sein Unwesen. Dass er damit andere Journalisten, die in Krisenregionen reisen, in Gefahr bringt, weil sie den Verdacht geraten, ebenfalls Geheimdienst-Zuträger zu sein, scheint ihm wenig moralische Probleme zu bereiten.

Insgesamt kassierte Dietl vom BND 652.738 DM, so der Schäfer-Bericht, davon 418.260 als „Auslagererstattung“. Dazu kamen die Honorare der Zeitungsredaktionen, am Ende eine stolze Summe, prahlt er: *"Die Quersumme hat das gemacht. Die Mischkalkulation. Also ich hab sowohl das journalistische als auch die BND-Arbeit mit einander verbunden. Frage: Also, Sie haben sich praktisch die Reisen finanzieren lassen und konnten dann frei am Markt verkaufen? Richtig. Korrekt“.*

Er behauptet, *„Handbücher von sowjetischen Hubschraubern und Informationen über Terroristen beschafft“* zu haben. Nachweisen kann er das nicht. Frage an Dietl, wie er die Schmiergelder an die „Quellen“ weiter geleitet und wie dies von Seiten des Amtes kontrolliert wurde: *"Das ist ganz sicher eine Vertrauenssache. Die Spesen wurden nach Beleg bezahlt. Wenn ich in einem Hotel übernachtet habe, hatte ich eine Hotelrechnung. Wenn ich geflogen bin, hatte ich einen Flugschein. Da steht der Preis drauf. Da hab ich dann eine Abrechnung gemacht, formlos. Der BND hat die Quittungen genommen, und die Buchhaltung beim BND hat das zusammen gezählt und gesagt, der Dietl hat 2400 Mark ausgegeben und das kriegt er wieder zurück. Ganz normal. Und solche Zahlungen an Quellen, die mußte man besprechen. Da mußte man sagen, wir haben hier einen General, in irgendeinem arabischen Land, der liefert uns folgendes und der möchte dafür die Summe x haben. Das wurde genehmigt von einer übergeordneten Dienststelle oder von irgendeinem der das durfte, einem Abteilungsleiter oder so, und dann hab ich das Geld in bar in einem grünen*

Umschlag bekommen und hab dem dort das Geld in bar ausgezahlt und dafür die Ware erhalten. Das war eine Vertrauensfrage".

„Vertrauensfrage“? Wer vertraut noch einem Wilhelm Dietl? Als Spitzel ist er spätestens nach seiner Enttarnung wertlos. Seine früheren Auftraggebern (Fokus, Stern, Quick) sind nicht gut auf ihn zu sprechen, und seine Bücher scheinen sich auch nicht gut zu verkaufen. Der freie Journalismus ist ein hartes Metier – noch härter, wenn der Nachrichtendienst keine Reisekosten mehr zahlt.

Spätestens nach der Veröffentlichung des Schäferberichtes wäre es wünschenswert, wenn der BND sämtliche Unterlagen zu Dietl freigeben würde, vor allem seine Spitzelberichte. Dass er dies tut, ist unwahrscheinlich. Er würde Gefahr laufen, dass diese Berichte auf ihren Wahrheitsgehalt und ihre Exklusivität hin geprüft würden. Dass also das erfolgen würde, was in jedem normalen Betrieb an der Tagesordnung ist: dass ein Produkt beurteilt und mit seinen Kosten verglichen wird. Ist die Qualität des Produkts nicht zufriedenstellend oder seine Herstellung zu teuer, wird die Produktlinie eingestellt.

Am Ende dieser Prüfung könnte die Frage stehen: ist Deutschland durch die Spitzeldienste eines Herrn Dietls sicherer geworden oder hätte der Zweck – die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten – nicht mit anderen, weniger kostspieligen und professionelleren Mitteln erreicht werden können? Und hat womöglich das Auftreten eines Wilhelm Dietl – im Auftrag einer dem Kanzleramt unterstehenden Bundesbehörde - dem Ansehen der Bundesrepublik geschadet? Diese Diskussion wäre wichtig, nicht nur in Zeiten von Haushaltskürzungen sondern auch angesichts der undurchsichtigen Situation im Nahen Osten, die eine seriöse Einschätzung erfordert. Das Problem heisst also nicht Dietl. Pausbacken gibt es viele. Das Problem heisst: Bundesnachrichtendienst.

Das Pullacher Amt ist nicht gut auf Dietl zu sprechen. Man trennte sich im Streit. Dietl begann, über den BND Bücher zu schreiben, und das gilt als verpönt.

Ein Geheimdienst hat mehrere Möglichkeiten, sich an Abtrünnigen zu rächen. Eine ist die Enttarnung. Eine andere der Hinweis an das Finanzamt. Dietl hatte die Zahlungen des BND nicht in seiner Einkommenssteuererklärung angegeben, er sei doch Geheimagent gewesen.

Machen sich die Dienste strafbar, wenn sie ihren V-Leuten Handgelder ohne Quittung überreichen? Nein, sagt das Bundesfinanzministerium. Das Amt hat ja zehn Prozent der Summe pauschal an die Finanzkasse abgeführt und damit seiner Steuerpflicht Genüge getan. Nach § 106 der Abgabenordnung dürfe ein

Finanzamt keine Auskunft einfordern, wenn diese *„dem Wohl des Bundes erhebliche Nachteile bereiten würde“*. Und V-Leute geloben, sich keinem Dritten gegenüber zu offenbaren, folglich auch nicht dem Finanzamt gegenüber.

Doch steuerpflichtig ist und bleibt der V-Mann trotzdem. Er muß, wie jeder andere Bürger, seine Einkünfte versteuern. Zwar macht ihm der Geheimdienst die Steuerhinterziehung einfach, weil er ohne Belege zahlt. Aber der V-Mann begeht eine Straftat, er betrügt das Finanzamt und, wenn er Arbeitslosengeld kassiert, auch das Arbeitsamt. Damit hat ihn der Dienst in der Hand. Wenn er eines Tages entscheidet, dass das Wohl des Bundes keine *„erheblichen Nachteile“* erleiden würde, kann er den Finanzbehörden die Agentenlöhne benennen. Und den Spitzel erwartet dann ein Gerichtsverfahren. Nicht den Geheimdienst, der ihn jahrelang zur Schwarzarbeit ermuntert hat.

Wirkliche Kontrolle findet nicht statt

Sind Geheimdienste heute noch sinnvoll? Oder werden Steuermittel verschwendet? Wären Informationen nicht billiger und seriöser zu erhalten? Wahrscheinlich, meint Professorg Gusy: *„Wir alle kennen das Verdikt des ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann, der nach der Lektüre der BND-Dossiers bemerkte, vielleicht sollte man den Nachrichtendienst besser abschaffen und fünf Abonnements der Neuen Zürcher Zeitung besorgen, da stünde auch im wesentlichen dasselbe drin.“* Diese Diskussion sei sehr alt, werde aber im Haushaltskontrollgremium nicht geführt, so Gusy.

Die Ausgaben der Nachrichtendienste werden von einem Unterausschuß des Haushaltsausschusses geprüft. Theoretisch. Aber in der Praxis erhält der Ausschuß keinen Einblick in die operativen Vorgänge, bedauert Gusy. Die Parlamentarier sind darauf angewiesen, dass ihnen der BND Unterlagen überreicht. Aber die betreffen nicht die *„operativen Vorgänge“*.

Nun soll ein eigenes parlamentarisches Hilfsorgan geschaffen werden, das selbst bei den Nachrichtendiensten die geforderten Informationen erhebt. Bisher erfuhren die Abgeordneten während laufender Kontrollvorgänge aus der Zeitung mehr als von den Diensten, die sie prüfen sollen. Dies muß sich ändern, fordert der CSU-Abgeordnete Uhl: *„Nach geltendem Recht muss der Dienst „Vorkommnisse von besonderer Bedeutung“ von sich aus dem parlamentarischen Kontrollgremium melden. Diese Definition ist vage und führt dazu, dass wir neun Mitglieder dieses Gremiums nicht umfassend informiert werden“*.

Uhl gibt zu, dass *„der kalte Krieg für den BND kein Ruhmesblatt war.“* Von den Ereignissen des Jahres 1989, der Wende, sei er völlig überrascht gewesen. Doch in Zeiten von Terrorismus könne man nicht auf die Straftat warten, damit die

Polizei eingreifen darf. Aufklärung im Vorfeld und im Ausland sei unabdingbar, sagt Uhl und fordert eine „*Umorientierung der Arbeitsweise eines Nachrichtendienstes*“.

Buchautor Halter bezweifelt, dass eine rationale Debatte über Geheimdienste in Gang kommt. Es gelte wohl eher das Motto: Sie waren bisher zu nichts zu gebrauchen, aber davon brauchen wir in der Zukunft um so mehr: „*Die Geheimdienste wuchern wie ein Krebs. Die suchen sich dauernd neue Aufgaben. Der BND wollte 1990, als die DDR weg war, nun plötzlich den Mädchenhandel bekämpfen. Das hätte ihm natürlich gut gepasst, bis zu den Philippinen fliegen, Spesen machen in den Nachbars... Im Moment wollen sie den Rauschgifthandel bekämpfen, und das ist auch mit schönen weiten Reisen verbunden. Oder vielleicht sind sie auch schon auf die Idee gekommen, die Kinderpornographie zu bekämpfen. Irgendsowas, was nicht so sehr gefährlich ist und andererseits dem eigenen Leben einen lebenswerten Schwung ins Unseriöse und Weite gibt*“.

Halter hat die Geldwäsche vergessen. Auch eine hübsche neue Aufgabe für den Dienst, der seinen Feind im Osten verloren hat. Ist es ein Zufall, dass der BND vor kurzem die lange Liste der Steuersünder ergattert hat, die ihr Vermögen auf Liechtensteiner Konten, am deutschen Finanzamt vorbei, „*geparkt*“ hatten? Eigentlich eine klassische Aufgabe der Steuerfahndung und des BKA sowie für die Politik, die sich um Rechtshilfeabkommen bemühen müßte. Was hat also der BND in Liechtenstein gesucht?

Fest steht, dass diese Namenslisten viele Steuersünder in Schwierigkeiten bringen können. Ihnen drohen Strafverfahren, der Verlust des Vermögens oder sonstige Unannehmlichkeit. Böse Zungen behaupten, dass diese Namenslisten so etwas wie eine Lebensversicherung für den BND sein könnten, falls doch noch jemand auf die Idee kommt, seine Aufgaben zu beschneiden und seinen Haushalt samt der operativen Vorgänge zu kontrollieren. Eine furchtbare Vorstellung! Es droht der Innendienst, vielleicht Hartz IV, und es wäre vorbei mit dem „*lebenswerten Schwung ins Unseriöse und Weite*“.

Aber, wie gesagt, dies sind nur böse Unterstellungen, von denen ich mich aufs heftigste distanziere.

Dieser Artikel wurde im November 2008 für diese homepage verfaßt. Weitere Informationen über die Geheimdienstserie „*Top Secret*“ sind zu beziehen über: www.wdr5.de